Bischöfe begrüßen Absage an Gesetz gegen Religionsübertritte

4. Februar 2021



Neu Delhi (KNA) Die katholischen Bischöfe in Indien haben die Absage eines landesweit geltenden Gesetzes gegen Religionsübertritte begrüßt. Gangapuram Kishan Reddy, Staatsminister im Innenministerium, hatte auf eine Anfrage mehrerer Abgeordneter vor dem Parlament einem nationalen Verbot von Religionsübertritten eine Absage erteilt. Es sei Sache der Bundesstaaten, solche Verbote zu erlassen, sagte Reddy von der regierenden hindu-nationalistischen Partei BJP.

Die Indische Bischofskonferenz begrüßte die Aussage. „Kein Gesetz, das gegen den Geist der Verfassung erlassen wurde, kann gerechtfertigt werden. Die Verfassung garantiert den Menschen die freie Wahl und Ausübung der Religion“, sagte Weihbischof Joseph Pamplany, Mitglied der Glaubenskommission der Indischen Bischofskonferenz, dem asiatischen Pressedienst Ucanews am Mittwoch. Zudem forderte er die Abschaffung entsprechender Gesetze in acht von der BJP regierten Bundesstaaten. Die Gesetze würden in den Bundesstaaten „grob missbraucht“ und „zielen vorsätzlich auf Minderheiten, einschließlich der Christen und ihrer Institutionen“.

Seit Herbst 2020 haben bereits acht von der BJP regierte Bundesstaaten Übertritte zu anderen Religionen kriminalisiert. Die Hindunationalisten beschuldigen Christen und Muslime, Hindus zwangsweise zu ihren jeweiligen Religionen zu bekehren. Ein seit September 2019 geltendes Gesetz zwingt alle weltlichen und religiösen Nichtregierungsorganisationen, die finanzielle Unterstützung aus dem Ausland erhalten, zur Abgabe einer eidesstattlichen Erklärung, dass „sie niemals wegen Zwangskonvertierungen angeklagt oder verurteilt wurden“.

© KNA

Beitragsbild: Chickenonline via Pixabay

Stand: 16. November 2026